

Samstag

(Erste Beilage zu N°. 66.)

17. März 1849

## Deutsche Reichsversammlung.

187. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

\*H\* Frankfurt, 17. März.

### Die Debatte über den Welcker'schen Antrag.

Die Wichtigkeit der heutigen Verhandlungen, die Spannung, mit welcher alle Welt dem Verlauf und dem Ausgang derselben entgegenseht, hat die Zuschauerräume schon frühzeitig gefüllt. Bereits um halb neun Uhr sind sämtliche Plätze auf den Galerien sowohl, wie im Saale selbst dicht besetzt. Vor 8½ Uhr ist das Bureau und der Platz des diensthabenden Schriftführers von Abgeordneten, die sich rechtzeitig ums Wort melden wollen, dicht umlagert. Mit dem Glockenschlag 8½ Uhr beginnt, der Geschäftsausordnung gemäß, die Einschreibung, und von diesem Moment an wird das Drängen immer lebhafter und das Rufen immer lauter. Bis zur Eröffnung der Sitzung gewahrt man vereinzelte Gruppen Abgeordneter, in lebendigem Gespräch miteinander verkehrend. Um 9½ Uhr eröffnet Präsident Simson die Sitzung. Die Verlesung des Protocols der vorigen Sitzung geht unter der gewöhnlichen Aufmerksamkeit vor sich. Hierauf wird der Eintritt dreier Mitglieder angezeigt, und von neu eingelaufenen Flottenbeiträgen, darunter eine Reihe von Werthgegenständen von dem Comitee in Bonn und eine Sammlung von 900 Thlr. aus Lehr (Bravo!), Mittheilung gemacht. Hierauf interpellirt Zimmermann von Stuttgart das Reichsministerium der Justiz, welches Resultat die gegen die Abg. Simon von Trier, Ziz und Schloß geführte Untersuchung wegen der Septemberereignisse ergeben hat. Die Interpellation wird nächsten Montag beantwortet werden. Nachdem dann noch Platner im Namen des Legitimationsausschusses berichtet hatte, betrat der Präsident des Reichsministeriums die Rednerbühne, um die vor einigen Tagen von dem Abg. v. Naumer aus Dinkelsbühl gestellte Interpellation, die Anfrage der Reichscentralgewalt an die österreichische Regierung betreffend, zu beantworten. Der Ministerpräsident erklärt, daß eine directe Antwort auf die Anfrage des Ministeriums noch nicht erfolgt sei. Es liege aber eine Reihe von Ausserungen und Thaten vor, welche die Ansicht der österreichischen Regierung aussprechen. Er verweise auf sein Programm vom 18. Dec. v. J. Der Herr Ministerpräsident geht hierauf in eine nähere Beleuchtung aller österreichischen Recripte ein (wir werden sie ausführlich nachtragen) und schließt mit der Bemerkung, daß, da die österreichische Regierung sich geäußert habe, daß ihr jeder Vorschlag des Reichsministeriums auf Grundlage der letzten Note willkommen sei, das Ministerium die ihm von der Reichsversammlung gegebene Vollmacht, mit Österreich zu unterhandeln, als fortbestehend betrachte. Bevor der Übergang zur Tagesordnung erfolgt, wird ein von Wigard u. a. gestellter Antrag, die abgesperrten Galerieräume dem draußen stehenden Publikum zu öffnen, verlesen. Der Präsident bemerkt hierzu, daß auf dem links von der Orgel gelegenen Raume die Bibliothek sich befindet, also dieser nicht geöffnet werden könne, und gibt dann nach einer kurzen Erörterung zur Deffnung der rechts von der Orgel befindlichen Räumlichkeit Erlaubniß.

Der Übergang zur Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Nieser über den Welcker'schen Antrag erstatteten Berichts. Außer den in dem Bericht gestellten Anträgen sind mehrere Amendements eingebracht, von denen namentlich die Verlesung des Antrags der Herren Heckscher, Beda Weber und Genossen Aufmerksamkeit, beziehungsweise Heiterkeit erregt, da in demselben davon gesprochen wird, die Reichsversammlung solle eine Deputation nach Wien schicken, um die endliche Erklärung der österr. Regierung entgegen zu nehmen. Auch der Verbesserungsantrag Lassaulx's: — in Erwägung, daß der König von Preußen zu wiederholtenmalen erklärt hat, daß die deutsche Kaiserwürde, wenn sie wieder hergestellt werden sollte, nicht ihm, sondern dem österreichischen Kaiser gehöre; in fernerer Erwägung, daß sich die Könige von Bayern, Hannover, Sachsen und Württemberg einstimmig gegen Errichtung des preußischen Kaiserthums ausgesprochen haben, und in Erwägung, daß die österreichischen Erblande mit Deutschland zusammengewachsen seien und in Zeiten der Not und Gefahr zu Deutschland gestanden, und jü zu trennen ein füttliches Verbrechen und politischer Unverstand wäre, beschließt die Nationalversammlung über den Welcker'schen Antrag ohne Discussion zur einfachen Tagesordnung überzugehen, wird mit Zeichen heiterer Erregtheit aufgenommen. — Außerdem liegen Verbesserungsanträge vor von Nadowitz, von Linde, Eisenstück, Rühl von Hanau, Nadowitz und Genossen stimmen in ihrem Antrag dem Welcker'schen Antrage insoweit bei, als sie zuvor die Erklärungen der Einzelregierungen abwarten wollen, ehe man zur Wahl des Oberhauptes schreite, und es allen deutschen Staaten freistellen, sich entweder dem neuen Bundesstaate oder demselben auf Grundlage der Verträge von 1815 anzuschließen. Ein eventueller Präjudicialantrag von Berger und Genossen geht dahin, „die Nationalversammlung beschließt, vor der zweiten Berathung der Verfassung die österreichische Note vom 9. März 1849 an einen neu zu wählenden Ausschuß zur schleunigsten Berichterstattung zu überweisen. Zum Wort haben sich gemeldet 60 Redner gegen, 28 für den Antrag; darunter.

gegen:

v. Neuwall.  
v. Hermann.  
Bogt.  
v. Nadowitz.  
M. Mohl.  
Eisenmann.  
Ahrens v. Salzgitter.  
Büß.  
Fröbel.  
Maref.  
Berger.  
v. Rappard.  
Schöpfer.  
H. Simon.  
Reichensperger.  
Schaffrath.  
Max Simon.  
v. Dieskau.  
Würth v. Sigmaringen.  
Kiehl v. Zwittel.  
Schüler.  
Schulz v. Darmstadt.  
Kritsch.  
Wöller.  
Bischof v. Tübingen.  
Döllinger.  
Schreiner.  
Philippss.  
Wuttke.  
Römer.  
Arnz von München.

für:

Welcker.  
Beseler von Schleswig.  
Reh.  
v. Wydenbrueg.  
Wais.  
Wurm.  
Titel.  
Mathy.  
Arndt.  
Bassermann.  
v. Neden.  
Grävell.  
Linde.  
Kümelin.  
Macowiczka.  
Wigard.  
v. Möring.  
Zimmermann v. Stuttgart.  
Nauwerck.  
Schlößel.  
Frößer.  
H. Simon.  
Schaffrath.  
Max Simon.  
v. Dieskau.  
Würth v. Sigmaringen.  
Kiehl v. Zwittel.  
Schüler.  
Schulz v. Darmstadt.  
Kritsch.  
Wöller.  
Bischof v. Tübingen.  
Döllinger.  
Schreiner.  
Philippss.  
Wuttke.  
Römer.  
Arnz von München.

Der Vorsitzende will Herrn Neuwall das Wort geben. (Ruf: der Antragsteller!) Abg. Wais ist der Ansicht, daß man dem Antragsteller das Wort gönnen soll; es sei immer so gehalten worden. Abg. Bogt von Gießen schlägt vor, da Herr Welcker ohnehin als der erste Redner für den Antrag eingeschrieben sei, man demselben zuerst das Wort gögne. Damit ist man einverstanden und Abg. Welcker bestätigt die Rednerbühne.

Welcker: Man müsse sich jetzt vor Allem frei machen, sagt er, von Lieblingsvorstellungen, von früher gefassten Ideen. Indem er jetzt eine bis noch vor wenigen Tagen gehalte Ansicht aufgebe, erfülle er das Wort, welches er bei der Oberhauptfrage ausgesprochen habe, daß er nämlich mit Freuden für den preußischen Erbfeind stimmen werde, sobald Österreich Austritt erfolge. Dies sei jetzt geschehen, Österreich sei nicht mehr zu gewinnen für den Bundesstaat. Klar und entschieden liege es vor, daß Österreich nicht nur nicht eintreten wolle, sondern nicht mehr eintreten könne. Der Redner geht hierauf in ein Kriterium der österreichischen Note über. Es sei in derselben klar ausgesprochen, daß es in Volkshaus in Deutschland sein solle, sondern nur ein Staatenhaus. Wie also, fragt der Redner die Versammlung, Sie wollen das heilige Mandat, welches Sie erhielten, dem Volk ein Parlament zu schaffen, wegwerfen? alles das, was wir als Ziel unserer Wünsche anhaben, aufgeben? Wissen Sie, was man Ihnen bietet? Mit 38 Millionen, zu aus Heinden der deutschen Nation zusammengesetzt (Widerspruch links), sollen wir vereint, in einem Staatenhaus vereint sein, wo von unserer Seite nur 31 Millionen repräsentirt sind. Es soll uns dann nicht freistehen, uns ebenso zu einigen, wie die 38 Millionen Österreich sich geeinigt. Die Österreicher haben einen Erbfeind, wir sollen ihn nicht haben, sie haben ein Volkshaus, wir sollen es nicht haben. Ist das ein ehrenwerther Antrag an eine ehrenwerthe Nation oder ist das eine Lehngesellschaft? Ungeheuer, fährt der Redner fort, wer verbürgt Ihnen die Dauerhaftigkeit der österreichischen Verfassung? Verfassungen liegen in der Hand Gottes. Auch die Österreicher werden in Noth kommen in diesem babylonischen Parlament und das Bedürfnis nach einer Einigung wird immer bleiben. Wir wollen jetzt thun, was auch Österreich gethan: uns einigen, retten, zusammenschließen, auf gleichen Fuß mit ihm sezen in Volkshaus und Erbmonarchie. Wie sehr man sich wegwerfen würde, wollte man sich jetzt noch in Unterhandlungen einlassen, dies, mein der Redner, brauche er wohl nicht zu sagen. Österreich verlange, auf den alten Bund gestützt, wir sollten uns nicht einigen, und Österreich habe doch selbst durch seine neue Verfassung den alten Bund verlegt. „Geben Sie Ihr Mandat zurück in die Hände des betroffenen Volkes (stürmischer Beifall links) oder sagen Sie sich los von dem unglückseligen Verhältniß mit Österreich und seiner neuen Verfassung.“ Die schnelle Annahme der Verfassung habe man von dem Standpunkte deutscher Gründlichkeit bedenklich gefunden; diese Verfassung sei ja aber doch reichlich genug erwogen, überdies werde ja der nächste Reichstag die notwendigen Änderungen beschließen können. Wenn Sie den Erbfeind jetzt nicht annehmen, fährt er dann weiter fort, so werden im Süden, in Mittel- und Norddeutschland Krawalle entstehen, und dann wird die Säbelschärferei unausbleiblich folgen. (Stimmen links: sie ist schon da.) Und — sagt der Redner zu den Österreichern gewen-

det — Sie sind in der fürchterlichsten Lage, in welche Männer versetzt werden können. Sie wünschen mit Deutschland zusammen zu sein, und das bestimmt Sie vielleicht zu thun, was Sie vor Gott und der Welt nicht verantworten können. Wollen Sie uns verderben, wollen Sie uns hindern uns zu erringen, was Sie haben, wollen Sie uns entgegen in dem Augenblick, wo wir unser Vaterland auf dem einzigen möglichen Wege retten wollen? Stimmen Sie gegen uns, aber, glauben Sie mir, Sie knüpfen damit kein Band zwischen sich und Österreich. (Beifall rechts und von den Centren. Unruhe links.) Wir stehen vor Gott, Vaterland und Geschichte. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Sie wird die Namen derer aufbewahren, die das Vaterland gerettet und derjenigen, die es verrathen haben! (Lang anhaltender stürmischer Beifall.)

Abg. Nadowitz: Als die Nationalversammlung zusammengetreten, habe man darauf gefaßt sein müssen, daß alle politischen Meinungen darin vertreten sein würden. Dies sei auch der Fall gewesen. Die politischen Parteien aber seien in den Hintergrund getreten, während sich immer mehr die Stammesverschiedenheit in den Vordergrund gedrängt habe, in dem Maße, als sich die Verfassungsarbeit ihrem Ende näherte. Es sei ein alter Spruch, daß man die menschlichen Dinge nicht bloß beladen und beweinen, sondern auch verfeiern müsse. Es sei aber sehr zu beklagen, daß eine Leidenschaftlichkeit in das Haus eingefehrt, welche eine Berufung an die Pflicht und das Gewissen der Parteien unmöglich mache. Es sei nun die Stunde gekommen, vielleicht die letzte, in der es sich zeigen werde, ob dies doch einmal geschehen werde, sowohl von Seiten der Totalisten als der Centralisten. Der Redner geht zur Betrachtung der Verhältnisse Österreichs über; er berührt die durch die octroyirte Verfassung bewerkstelligte Centralisation der Monarchie und erklärt, daß es ihm ein schmerzlicher Trost sei, daß die Scheidung Österreichs von Deutschland nicht von der Nationalversammlung ausgegangen sei. Das Vaterland sei in Gefahr, allein diese Gefahr sei eine mehrfache, sie liege auch in einer fortwährenden Gährung, außerdem, daß sie von Außen drohe. Man solle nicht die Nächstbeteiligten bei der Konstituierung Deutschlands verlegen. Schon durch die Bundesakte sei die Schließung eines engeren Bundes einzelner Staaten im deutschen Bunde zugelassen worden. Die Verfassung sei auf eine gesetzmäßige Weise geschlossen, kein Machtpunkt könne ihr das befreien, keine Vermessenheit dürfe es weit gehen, sie durch ein Machtwort zu ersezgen. Allein eben deswegen wolle er, daß man die Einzelregierungen so wenig als möglich verlege und dadurch nicht Wirren im Innern und Gefahr von Außen herbei beschwäre von denselben, welche die Verträge von 1815 mit garantirten. Man warte daher die Zustimmungen der einzelnen Regierungen ab, weil, wenn man diese habe, Niemand etwas gegen die Konstituierung eines Bundesstaates einzuwenden haben würde. Wenn Österreich dem engeren Bunde nicht beitrete, so werden seine Abgeordneten aus diesem Hause scheiden müssen. Die mittleren Staaten müßten andere Ansichten und eine andere Handlungsweise annehmen durch die veränderte Stellung, und Preußen, welches von den Einem herbeigeführt, von den Andern zurückgewiesen werde, während es doch das eine nicht gewollt, das andere nicht verdient habe, werde dahin gedrängt werden, wohin es eine zweifelhafte Nächtheit in diesem Hause nicht zu stellen und zu halten vermöge. Ein Bruch in Deutschland wäre unvermeidlich, ein viel unermesslicheres Unglück, als man es sich vielfach in diesem Hause vorzustellen scheine. Man habe es vergessen oder nicht erlebt, was es heiße, Deutschland zum Schauplatz eines allgemeinen Krieges zu machen. Und damals habe man gegen fremde Waffen gekämpft. Darum halte er den Gedanken und die Absicht, etwas zu einem solchen Bruche Führendes von diesem Hause aus hinauszutragen, unbefüllt darum, ob daraus für Deutschland ein Friedensbote oder ein Feuerbrand werde, zum wenigsten, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, für eine Verwegenheit. Der Redner empfiehlt zum Schlusse seinen oben berührten Verbesserungsantrag.

Wurm von Hamburg für den Antrag: Er warnt davor, daß sich Deutschland nicht wieder von der List der Diplomaten fangen lassen möge, die ja auch 1815 durch einen Federstrich Deutschlands Wünsche und Hoffnungen betrogen habe. Im weiteren Verlauf seines Vortrages sagt er aus einander, daß der deutsche Bundestag gegen die Anmaßungen des Auslands, sich in die Angelegenheiten Deutschlands zu mischen, viel energischer aufgetreten sei, als dies jetzt geschehe, wo man diese Einmischungen des Auslands als ein Recht ansehen wolle, wie es der Vorredner gethan. Zur Sache selbst übergehend, sagt er, die öffentliche Meinung im südlichen Deutschland sei verführt, verbündet und verhegt worden; Paul Pfizer habe stets das einzige Reitungsmitel in einer Übertragung der Kaiserwürde an Preußen gefunden, warum verschweige man dies dem Volke? (Stimmen von links: Jetzt nicht mehr.) Sie sagen, bemerkt er hierauf, „jetzt nicht mehr; Ich sage Ihnen, die Meinungsveränderung liegt an der württembergischen Regierung, nicht an Paul Pfizer.“ Im Jahr 1830 schon hat Paul Pfizer gesagt, daß nur dann eine Reitung möglich sei, wenn Preußen an die Spitze Deutschlands trete, und daß sich Österreich niemals auf eine Volksvertretung werde einlassen können. Das sei jetzt wahr geworden, und Paul Pfizer sei noch immer desselben Sinnes. „Noch keine drei Tage sind es, daß in Stuttgart im vaterländischen Verein, als die Nachricht von dem Welcker'schen Antrag eintraf, Alles jubelte und auf

Paul Pfizer ein Hoch ausbrachte." (Die Linke unterbrach den Redner häufig in einer Weise, aus der hervorgeht, daß ihr seine Bemerkungen ziemlich unbehaglich sind.) Im März vorigen Jahres, da Paul Pfizer an der Regierung gewesen, sei der württembergische Gesandte in Berlin instruiert gewesen, dem König von Preußen die Krone anzubieten. Wenn wir nun, meint Herr Wurm, mit Bedauern vernommen haben, daß sich jetzt Württemberg einer gewissen Halbheit hingibt, so müssen wir es eben bedauern, daß eine Meinungsveränderung stattgefunden hat, aber bei Paul Pfizer hat sie nicht stattgefunden. Endlich kommt der Redner auf die kirchlichen Differenzen im südlichen Deutschland, die dort wohl eine Abneigung gegen die preußische Hegemonie hervorgerufen haben. Dieses Misstrauen, meint er, sei in früheren Zeiten wohl begründet gewesen, aber jetzt, da man die Grundrechte habe, gewiß nicht. Wenn jetzt das Reichsoberhaupt auch ein Muselmann wäre, er könnte doch weder Protestanten, noch Katholiken in den Weg treten. Uebrigens, schließt er, auch unsere katholischen Brüder werden einstimmen, sobald ihnen die Binde von den Augen fällt, und sie sehen, daß das Vaterland in der größten Gefahr und nur auf einem Wege zur Rettung zu führen ist.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält alsdann Römer das Wort. Der Vorredner habe gefragt, daß die württembergische Regierung im März des vorigen Jahres Preußen die Kaiserkrone angetragen habe; das müsse er für unwahr erklären. Es wäre vermessen gewesen, wenn Württemberg sich angemahnt hätte, im Namen Deutschlands einen solchen Schritt zu thun. Ferner hat Herr Wurm geäußert, daß wenn Paul Pfizer noch an der Regierung Theil nähme, die Ansicht derselben eine andre sein würde. Ich sage, spricht Herr Römer, daß die Politik der Regierung auch dann keine andre sein würde, denn die Beschlüsse der württembergischen Regierung kommen durch Stimmenmehrheit ihrer Mitglieder zusammen und Paul Pfizer hatte die Mehrheit nicht für sich. Auf eine Unterbrechung von rechts bemerkte Herr Römer: "Ich kenne die württembergische Regierung und ihre Beschlüsse besser als Sie," eine Aeußerung, welche die Heiterkeit der Versammlung erregt. So hoch, fährt Herr Römer fort, Paul Pfizer in Württemberg und in ganz Deutschland in Achtung steht, so hat er doch gerade in seiner Idee einer preußischen Hegemonie in Schwaben die geringsten Sympathien gefunden. Uebrigens ist Herr Wurm bei seiner Abwesenheit aus Württemberg gar nicht in der Lage, die Stimmung des schwäbischen Volkes zu kennen. (Unterbrechung.) Die württembergische Regierung ist auch nach der Ansicht des Redners nicht eines Tades werth, sondern im Gegenthil des Lobes. Denn welche Regierung hat die Grundrechte zuerst promulgirt und ist darin allen Staaten Deutschlands vorangegangen? Welche Regierung hat sich williger den Beschlüssen der Versammlung unterzogen? Das seien echt deutsche Gejünnungen gewesen. Was die gegenwärtige Politik der württembergischen Regierung betreffe, so sei dieselbe von der Ansicht ausgegangen, daß die Nationalversammlung zusammengekommen sei, nicht um ein halbes, sondern um ein ganzes Deutschland zu bilden. Preußen und Österreich seien die Hindernisse einer freien Vereinigung Deutschlands. Hätten diese Regierungen so viel Patriotismus, um nicht auf ihre Einzelinteressen, sondern bloß auf Deutschland zu blicken, dann würde es mit Deutschland anders. (Lebhafter Beifall links.) (Schluß der Presse: 1½ Uhr. Die Sitzung dauert fort. Weiterer Bericht in einer folgenden Beilage.)

= Berlin, 15. März. Neunte Sitzung der ersten Kammer; Präsident von Auerswald. Tagesordnung: Wahlprüfungen, Fortsetzung der Adressdebatte, insbesondere über den Passus, betreffend die dänisch-deutsche Frage. Es kam nämlich der Satz 10 des Adressentwurfs, der von den freundlichen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten und der dänischen Angelegenheit handelt, zur Verhandlung. Unter den Amendements befindet sich eines von Walter, was beantragt, statt der Worte: "ohne Nachtheil für die Ehre und die Interessen Deutschlands" zu sagen: "ohne Nachtheil für das Recht, die Ehre und die Interessen Deutschlands", ferner ein Zusatzamendment von Flotwell, lautend: "Sollte aber diese Hoffnung (auf friedliche Schlichtung der dänischen Wirren) nicht in Erfüllung gehen, so dürfen wir getrost die Überzeugung aussprechen, daß das preußische Volk, eingedenk seines hohen Berufes als Vorhut Deutschlands, dem Ruf seines Königs zur Erneuerung des Kampfes, mit viel bewährter Treue und Hingabe folgen werde." Auch die sonst eingebrachten Amendements sprechen sich in ähnlichem Sinne aus; ein von Baumstark gestelltes fügt nur noch eine besondere Erwähnung der erschütterten Verhältnisse der Ostseeprovinzen hinzu, die gegen neue Gefährdungen entschieden zu wahren. Herr Hefter, der zuerst das Wort nimmt, hat zwar ein selbständiges Amendment formulirt, macht aber das von Flotwell zum seinigen. Er entwickelt die Grundsäcke einer gesunden, nach außen eben so festen als mächtigen Politik. Ihre entspreche es, nicht bloß die freundlichen Beziehungen, sondern auch das Recht Deutschlands zu wahren. Er bedauert den früheren Krieg und spricht die Zuversicht aus, daß im Fall des Wiederausbruches es nicht mehr heißen werde: Hier Demokrat, hier Conservativer, hier Welf, hier Wabbling, es werde heißen: "Auf, Alle zusammen, Alle einig, Alle drauf." Herr Hefter ist kein Redner, sonst würde sein Vortrag von einem ganz anderen, vielleicht einem bedeutenden Erfolg gewesen sein. Nicht in den Gedanken und Zielpunkten, in den Formen fehlt es. Zu humanistischen Ergüssen scheint Herr Kupfer, der Nachfolger Hefters, auf der Tribune sich besonders berufen zu fühlen. Nicht Jeder indeß würde wünschen, diese Heiterkeit erregt zu haben. Herr Kupfer hatte, wie es schien, nur einen Gedanken als Leitfaden: die materiellen Einwirkungen eines erneuerten Krieges. Seine Zuckersfabrik hat, wie er sagt, seinen Standpunkt verändert; diese Erfahrung wünscht

er auch Andern und darum denkt er außer an die Ehre Deutschlands auch an die Dänemarks. Die deutsche Ehre sieht er im Entwurf hinlänglich gewahrt, sein Axiom ist: "Ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Prozeß." Nach dem Fabrikanten sprachen Staatsmänner. Flotwell erinnerte an das wegen des Malmöer Waffenstillstandes gegen Preußen zur Zeit entstandene Misstrauen. Alles doch möge man thun, seine Wiederkehr zu vermeiden. Ritterlich sei der Feindschaftsabschluß und ernstlich aufgenommen worden, zuerst von Preußens König; man müsse eine Sprache reden, die, neben dem Wunsch für einen ehrenvollen Frieden, den Mut zu einem ehrenvollen Kriege zeige. Nicht nur seinen alten Kriegsruf hat Preußen zu bewahren, auch seine Treue. Baumstark redete ähnlich, nur wollte er nicht vorzugsweise kriegerisch sich aussprechen. Sein Amendment empfand er durch specielles Eingehen auf die Lage der Ostseeprovinzen. Herr Hansemann mahnt namentlich daran, außer der eigenen Ehre zu berücksichtigen, was den anderen Nationen möglich sei. Es handle sich auch nicht um Krieg mit Dänemark allein, sondern mit den größten Staaten Europa's, die hinter ihm stehen. Schließlich wünscht er eine Aufklärung von der Regierung, weshalb man erst am Schlus des siebenmonatlichen Waffenstillstandes Friedensunterhandlungen geslogen habe. Diese Aufklärungen gibt sofort der Minister des Auswärtigen, Graf Armin; dahin: Die Friedensunterhandlungen seien stets fortgesetzt worden. Uebrigens bemerkte er, daß durch Vermittelung Englands wahrscheinlich bis zum vollen Abschluß des Friedens ein Provisorium werde zu Stande gebracht werden. Die Annahme, daß es nicht zum Kriege kommen werde, schien überhaupt in der Versammlung vorherrschend. Dessen ungeachtet geschehen alle Vorbereitungen dazu. In dieser Beziehung erklärte der Ministerpräsident: Ich habe im Namen der Regierung zu erklären, daß in diesem Augenblick auf Requisition des Reichsministeriums 12,000 Mann preußischer Truppen mobil gemacht werden. Dies wird so rasch als möglich geschehen, um namentlich das Eindringen in die Herzogthümer zu hindern, zumal dieselben gegenwärtig nur durch die schleswig-holsteinischen Truppen geschützt sind. Im Uebrigen wird die Regierung bestrebt sein, einen ehrenvollen Frieden abzuschließen, weil sie fühlt, welche Nachtheile namentlich dem Ostseehandel aus einem Wiederausbruch des Krieges erwachsen würden. Diese Erklärung fand allseitigen Beifall. Nachdem noch verschiedene Redner für und gegen den Entwurf gesprochen haben, darunter Herr Jacobs, der gegen die Kupfersche Auffassung sich richtend, obwohl auch Fabriant und Röder, trotz größerer Verluste dennoch eine entschiedene Sprache verlangt, wird der Entwurf mit dem Flotwellschen Zusatz mit überwiegender Majorität angenommen. Der Passus lautet wie folgt:

"In der Versicherung der ungefährten freundlichen Beziehungen Ew. Majestät Regierung zu den auswärtigen Staaten begrüßen wir mit Freuden eine Bürgschaft der Erhaltung des europäischen Friedens. In diesen Beziehungen werden sich, wie wir hoffen, auch jetzt noch die Mittel finden, nachdem von der Krone Dänemark der zwischen ihr und der provisorischen Centralgewalt Deutschlands geschlossene Waffenstillstand unerwartet aufgekündigt worden, die daraus drohenden Irrungen ohne Nachtheil für das Recht, die Ehre und die Interessen Deutschlands zu schlichten. Sollte aber diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen, so dürfen wir getrost die Überzeugung aussprechen, daß das preußische Volk, eingedenk seines hohen Berufs als Vorhut Deutschlands, dem Ruf seines Königs zur Erneuerung des Kampfes mit viel bewährter Treue und Hingabe folgen werde." Satz 11 des Adressentwurfs, auf den Tod des Prinzen Waldemar bezüglich, wird ohne Debatte, jedoch mit Streichung der Worte "der Hauptstadt, wie der Provinzen" und der 12. und letzte Satz des Entwurfs, der im Allgemeinen die Wichtigkeit dieser ersten Legislatur hervorhebt, nach kurzer Debatte und Verwerfung eines ziemlich unwesentlichen Hansemann'schen Amendements, einstimmig angenommen. Der Präsident schlägt hierauf dem Referenten vor, womit dieser einverstanden ist, die Adresse, wie sie im Einzelnen genehmigt worden, im Ganzen zu redigieren und bis morgen zu vollenden. Zur Annahme derselben in der vollen Fassung wird dann morgen nur kurze Sitzung sein und demnächst die Adresse, nach dem Vorschlag des Präsidenten, durch eine aus 20 Mitgliedern bestehende, in den

Abtheilungen durchs Voos zu wählende Deputation, dem Könige überreicht werden.

— Berlin, 15. März. 10. Sitzung der zweiten Kammer. Auf Anregung des Abg. Becher entsteht zunächst eine Debatte darüber, ob dem Präsidium das Recht zustehe, die Tagesordnung zu bestimmen. Der Abg. Becher verbindet mit dieser Anregung den bestimmten Antrag, daß die Frage über die Aufhebung des Belagerungszustandes zuerst in den Abtheilungen berathen werde. Es wird nach einer sehr stürmischen Debatte, bei namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 151 Stimmen über den Antrag des Abg. Becher zur Tagesordnung übergegangen. Es wird hierauf über die beanstandete Wahl des Abgeordneten Gladbach debattirt. Sie ist beanstandet, weil eine Menge Wahlmänner (55?) nicht eingeladen worden. Der Antrag der Abtheilung, die Wahl für ungültig zu erklären, wird mit geringer Majorität angenommen. Es wird darauf der Antrag des Abgeordneten Wenzel, durch die Abtheilung eine Commission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung des anliegenden Gesetzentwurfs (betreffend die Verordnung vom 2. und 3. Jan. d. J.) für das Plenum zu berathen, der Erwagung gewidmet. Ebenso der Antrag des Abg. Grebel, die in Aussicht gestellte Reorganisation des ostrheinischen Theils der Rheinprovinz, sowie die beabsichtigte Einführung einer provisorischen Gerichtsordnung in diesem Landesteil zu beanstanden. Ein Gleches wird für die Provinz Westphalen von Gierse und Genossen beantragt. Der Justizminister erklärt, daß allerdings mit der Ausführung der Anordnung fortgeschritten werde, und wird daher der Verfassungsverlezung beschuldigt. Ein Antrag von den Abg. Grün, Herr und Conforten geht dahin, für alle seit dem 18. März 1848 wegen politischer Vergehen Verurtheilten eine Begnadigung auszuwirken, sowie alle seit der Zeit bis zum 26. Febr. 1849 unabhängig gemachten politischen Processe niederzuschlagen. Der Antragsteller wird seinen Antrag am Montag motivieren. Es werden außerdem noch einige Anträge an die Abtheilungen gewiesen, sowie Vorlagen vom Ministerium, betreffend die Gemeindeordnung, zu erbeten beschlossen. Die nächste Sitzung ist am Montag und wird dann die Adressdebatte beginnen.

— Berlin, 15. März. Von den 12,000 nach Schleswig-Holstein bestimmten Truppen werden am 18. März 3 Regimenter hier eintreffen und Ruhetag halten. Die Garnison wird also am Jahrestag unserer Revolution höchst respectabel sein. Uebrigens sind ernsthafte Besorgnisse nicht zu hegen. Der Tag wird ohne Zweifel, namentlich nach den letzten Erklärungen Wrangels, in Ruhe vergehen, ohne Aufzug oder Versuch dazu. Nur das verschwundene Wort von den Kanzeln der Hauptstadt wird öffentlich des Tages gedenken. Aufforderungen zur Wachsamkeit sind allerdings den Behörden zugegangen; so von verschiedenen Seiten die Nachricht, daß im Fall von Unruhen die nach Berlin fahrenden Eisenbahnzüge und die Eisenbahn selbst durch auf die Schienen gebrachtes Knallzäpfchen schädlich gemacht werden. Man wird deshalb an diesem Tage mit Vorsicht fahren. — Die Spaltung in der Linken der zweiten Kammer soll nun plötzlich wieder aufgehört haben. Es mag, dies herbeizuführen, der Wunsch der Parteihäupter sein, das Gelingen aber ist zu bezweifeln. Außerdem kann die innere Trennung vielleicht eine Weile verborgen werden; bei der ersten größeren politischen Frage, in der nicht der Widerwillie gegen das Ministerium überwiegt, bricht die Trennung auch äußerlich wieder hervor. Ähnlich ist es mit der Rechten. Darum hätte man die in der Sitzung vom 10. erfolgte Erklärung von Rhoden nicht so wichtig nehmen sollen. Er sagte nur, was sich von selbst verstand, nämlich, daß beim Mangel eines räumlichen Centrums nicht Alle, die auf der rechten Seite sitzen, durchaus Gesinnungsgenossen seien. Ist es auf der Linken etwa jemals anders gewesen? Die Abreise der Herren Simon und Temme nach Frankfurt, um an der Kaiserwahl oder gegen (?) dieselbe Theil zu nehmen, wird in ihrer eigenen Partei verschieden beurtheilt. Viele Wahlmänner des ersten Wahlbezirks, der Heinrich Simon gewählt hat, befürchten (wie wir glauben, mit Unrecht), Herr Simon werde seine Stimme gegen den Welcker'schen Antrag abgeben. — In vielen Bezirken Berlins sucht man conservative Bezirksvereine zu bilden, was kein glücklicher Gedanke ist, da bisher in den meisten Bezirksvereinen sich alle Meinungen friedlich vertragen oder vertragen lernten.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. H. Malte.

Cours der Staats-Papiere. 17. März 1849. (Schluß der Börse.)

Den 17. März.	Papr.	Geld.	Wechsel-Cours.																							
			Amsterdam	(100 fl. Crt.)	(2 M.	(100 fl. Crt.)	(2 M.	(60 Thlr.)	(50 k.S.)	Rthr. i. L-dor	Hamburg	(100 Mk. Bco.)	(100 Fr. Bco.)	Leipzig	(200 Fr.)	(200 Fr.)	(100 F.)	Wien	(100 fl. k.S.)	(2 M.	Paris	(200 Fr.)	(200 Fr.)	(100 F.)	(100 F.)	Disconto
Metalliq. Obligat.	5	743/4	741/2	Württemb.	Obligationen b. Roths.	31/2	787/8	783/8	Nassau	Neue Württemberg.	41/2	941/4	933/4	Frankfurt	Obligationen . . .	205/8	203/8	London	1207/8	1197/8	1051/2	1051/2	1051/2	1051/2	1	
ditto	4	593/4	591/4																							
ditto	21/2	393/4	391/2																							
Bank-Aktionen o. D.	1186	1181																								
fl. 250 Loose n. Roth.	791/2	79																								
fl. 500	1243/4	1241/4																								
Bethmann. Obligat.	41/2	73	721/2																							
ditto	4	621/2	62																							
Staatschuldcheine	31/2	793/4	791/4	Holland	Integrale . . .	21/2	493/8	491/8																		
Prämiencheine	31/2	791/2	79																							
Obligationen . . .	31/2	791/2	79																							
fl. 25 dito . . .	70	691/2																								
Obligationen . . .	31/2	781/2	78	Spanien	Syndicats . . .	31/2	—	—																		
ditto . . .	4	865/8	861/8	Portugal	Activis. incl. 16 Cpt.	5	—	—																		
Obligationen v. 1842	31/2	763/4	761/4	Polen	Innere Sch. neue Obl.	3	23	223/4																		
fl. 50 Loose v. 1840	31/2	481/2	48	Russland	Consols Lst. à fl 12	3	—	—																		
fl. 35 Loose . . .	273/4	271/2																								